



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Orbansaal, Bergbräustraße 1		Sitzung-Nr.: KBA/03/2023
Sitzungsdatum: Dienstag, 02.05.2023	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:29 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll
Ausschussmitglieder
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel
Herr Stadtrat Hans Achhammer
Frau Stadträtin Brigitte Mader
Frau Stadträtin Petra Volkwein
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede
Frau Stadträtin Barbara Leininger
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß
Herr Stadtrat Oskar Lipp
Herr Stadtrat Fred Over
Frau Stadträtin Veronika Hagn
Herr Stadtrat Jürgen Köhler
Berufsmäßige Stadträte
Herr Gabriel Engert
Herr Gero Hoffmann

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
. Vorstellen des neuen Intendanten des Stadttheaters Ingolstadt	3
. Hinweis: Der Ausschuss für Kultur und Bildung berät nach TOP 0 (öffentlich) in nichtöffentlicher Sitzung. Danach wird der öffentliche Teil der Sitzung fortgesetzt.	5
1. Aktuelle Information zum Kulturgesehen	5
2. Sachstandsbericht MKKD	5
3. Sportentwicklungsplan für die Stadt Ingolstadt, Abschlussbericht; Verabschiedung der Leitziele, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen (Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0291/23	9
4. Freiwillige Schülerbeförderung; Neuordnung des städtischen Zuschusses mit Eigenbeteiligung ab 01.09.2023 (Mündlicher Bericht: Herr Engert)	18
5. Mosaikkunst	22
. Gemeinschaftsantrag von Stadtrat Niedermeier und Stadtrat Stachel vom 30.01.2023 Vorlage: V0127/23	22
. Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0173/23	23
6. Ergänzendes digitales Angebot der Stadtbücherei Filmfreund mit Änderung der Gebührensatzung der Stadtbücherei	24
. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Einführung von Filmfreund vom 31.01.2023 Vorlage: V0119/23	24
. Stellungnahme der Verwaltung (Referenten: Herr Engert, Herr Müller) Vorlage: V0098/23	25
7. Stadttheater Ingolstadt Spielplan 2023/24 (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0313/23	25
8. Strategisches Immobilienmanagement (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert, Frau Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0303/23	27
9. Umbau und Teilsanierung des Bauteils Nord am Schulzentrum Süd-West / Apian Gymnasium zur Nutzung als Ausweichschulgebäude für künftige Schulbauprojekte - 1. ergänzende Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert) Vorlage: V0312/23	33

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Kultur und Bildung ist damit beschlussfähig.

Änderungen zur Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**Hinweis:

Statt der bei

TOP 4 Freiwillige Schülerbeförderung; Neuordnung des städtischen Zuschusses mit Eigenbeteiligung ab 01.09.2023

zur Vorberatung angekündigten Vorlage V0321/23, erfolgt an dieser Stelle ein **mündlicher Bericht** durch Herrn Engert.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Vorstellen des neuen Intendanten des Stadttheaters Ingolstadt

Herr Engert informiert die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass der Kandidat für den neuen Intendanten des Stadttheaters von der Kommission in einem Verfahren ausgewählt worden sei. Hierfür habe es drei Kommissionssitzungen gegeben, in denen sich die Kommission schlussendlich einstimmig dafür ausgesprochen habe, Herrn Brunner als Intendanten für das Stadttheater Ingolstadt vorzuschlagen. Herr Brunner werde sich zusätzlich zur heutigen Sitzung auch noch in der Stadtratssitzung am 16. Mai vorstellen, da die abschließende Entscheidung im Stadtrat beschlossen werde.

Herr Brunner begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung und geht auf seinen beruflichen Werdegang ein. Als Schauspielregisseur sei er seit fast 17 Jahren in leitenden und gestaltenden Funktionen in Stadt- und Staatstheatern tätig. Seit 1991 lebe er in Bayern, habe an der LMU in München Germanistik studiert und sei ab 1997 Regieassistent bei den Münchener Kammerspielen gewesen. Anschließend habe Herr Brunner 10 Jahre mit Dieter Dorn am bayerischen Staatsschauspiel, jetzt Residenztheater, gearbeitet, davon fünf Jahre als künstlerischer Direktor. Weiter habe er Lehraufträge an der Bayerischen Theaterakademie wahrgenommen und die Weiterbildung Theater- und Musikmanagement an der LMU absolviert. Von 2011 bis 2016 sei er am Staatstheater, damals noch Stadttheater Augsburg, engagiert gewesen, zunächst als Leiter der 30. Bayerischen Theatertage, dann zusammen mit Maria Victoria Linke als künstlerische Leitung Schauspiel. Hier initiierte und gestaltete Herr Brunner Öffnungsprozesse des Theaters unter anderem als Produktionsleiter Brechtfestival, konnte neue künstlerische Handschriften präsentieren und den Beginn des Sanierungsprozesses kulturpolitisch begleiten. Seit 2016 sei er Schauspielregisseur am Staatstheater Darmstadt. Er freue sich sehr darüber, ab der Spielzeit 2024/25 die Aufgaben des Intendanten des Stadttheaters Ingolstadt übernehmen zu dürfen und das Stadttheater in die Zukunft führen zu können. Das Stadttheater Ingolstadt steht

für ein herausragendes, gewachsenes Ensemble. Motivierte Mitarbeiterinnen, handwerklich gut gemachtes, künstlerisch anspruchsvolles Theater, einem erfolgreichen Kinder- und Jugendtheater unter der Leitung von Julia Meier, großen Erzählungen und Themen mit starker Akzeptanz für Zeitgenössisches und Offenheit beim Publikum, für Erzählweisen und Ästhetiken. Dies wolle er fortzusetzen und ausbauen. Seine Vision sei ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Stadttheater, zum Ensemble, mit dem er gerne weiterarbeiten möchte. Zu seinen Zielen für Ingolstadt. Ein Theater für alle Ingolstädterinnen mit großen, unterhaltsamen und dringenden Geschichten, die zur Diskussion anregen. Dazu gehöre selbstverständlich auch die Auseinandersetzung mit Marieluise Fleißer, betont Herr Brunner. Er suche ein Theater der Vielfalt und Offenheit, auch in seinen theatralen Mitteln. Dazu zählen seiner Ansicht nach musikalischen Produktionen, Choreographien, Chöre, Objekttheater, Videokunst, Produktionen mit digitalen Erweiterungen. Herr Brunner glaubt daran, dass dadurch ein Theater entstehen könne, das mutig und spielerisch sei, die Gegenwart in ihrer Komplexität annehme und sich mit den Fragen der Zukunft auseinandersetze. Er verstehe Theater als ein Angebot für Träume, Utopien, Teilhabe, Mut, Freundschaft und Verlässlichkeit. Theater müsse ansprechbar sein, zuhören und sichtbar machen. Er stehe für ein Stadttheater, das als Gastgeber oder unterhaltsamer Erzähler agiert, professionell und lustvoll. Es schaffe Plattformen für Begegnungen und Dialoge, öffne sich und lade ein. Zur strategischen Überprüfung unserer künstlerischen Visionen fände Herr Brunner es wichtig, Impulse aus der Stadtgesellschaft in die Mitte der Denkwerkstatt aus Dramaturgie und Vermittlung hinein zu holen. Rechercheprojekte, lokale Kooperationen und neue Formate der Teilhabe sollen entstehen, mit denen er die Räume des Theaters noch mehr nach außen öffnen möchte. Einen neu zu gründenden alternativen Theaterbeirat, die sogenannten „Critical Friends“, kritische Freunde, bestehend aus Vertreterinnen von Interessensgemeinschaften, Institutionen und Communities aus Ingolstadt, lade er dazu ein, diese Arbeit zu begleiten, zu spiegeln und zu erweitern. Herr Brunner lege Wert auf einen Dialog und beteiligungsorientierten Führungsstil, gepaart mit Erwartungsmanagement, größtmöglicher Transparenz, Wertschätzung, Empowerment, Mut zum Machen und Ausprobieren, Entscheidungsfreudigkeit, Feedback und Fehlerkultur. Ein gemeinsames Wir zu suchen und zu schaffen, sehe er als zentrale Aufgabe. Dazu gehöre auch, den begonnenen Change-Management Prozess am Stadttheater Ingolstadt aufzunehmen und weiterzuführen. Er sei aus Überzeugung nicht regieführend, um sich mehr und besser den Anforderungen des Leiters eines 220-köpfigen Betriebes und der Vermittlung unserer gemeinsamen Arbeit widmen zu können. Außerdem freue er sich sehr, in Sonja Walter und Mirja Biel, eine Chefdramaturgin und Oberspielleiterin für Ingolstadt gefunden

zu haben. Mit diesen beiden Theatermacherinnen wolle er über neue Impulse und Möglichkeiten für Ingolstadt im künstlerischen Team nachdenken. Beide bringen wertvolle Erfahrungen aus anderen Arbeitskonstellationen mit. Er freue sich auf die neuen Aufgaben, auf Ingolstadt, auf den Stadtrat und auf das Kennenlernen aller Mitarbeiterinnen des Stadttheaters sowie auf das großartige Ensemble, das er in zahlreichen Vorstellungsbesuchen und persönlichen Gesprächen kennenlernen wird.

Dr. Deneke-Stoll bedankt sich im Namen aller Ausschussmitglieder für die Anreise und Vorstellung durch Herrn Brunner und teilt mit, dass die Vorberatung zur Findungskommission im Detail in der nichtöffentlichen Sitzung stattfindet.

Hinweis: Der Ausschuss für Kultur und Bildung berät nach TOP 0 (öffentlich) in nichtöffentlicher Sitzung. Danach wird der öffentliche Teil der Sitzung fortgesetzt.

Öffentliche Sitzung

Kenntnisnahme

1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen

Herr Engert verweist auf die Kulturtüten und den darin enthaltenen Ausstellungskatalog zu „Schatten und Licht über die Schicksale jüdischer Schauspielerinnen und Schauspieler am Stadttheater Ingolstadt“, zu einer Ausstellung, die im Foyer des Stadttheaters Ingolstadt gezeigt wurde. Ebenfalls beigelegt sei der Katalog der Ausstellung aus dem Bauerngerätemuseum, „Ins Maul geschaut – Episoden der Tiermedizin in Bayern“, eine Ausstellung die im vergangenen Jahr zum Universitäts-Jubiläum begann und noch in diesem Jahr gezeigt werde. Was etwas in den Schatten getreten sei, sei die „Orgelmatinee um Zwölf. Diese Konzertreihe finde wieder ganz normal jeden Sonntag in der Asamkirche Maria de Viktoria bei freiem Eintritt statt.

2 . Sachstandsbericht MKKD

Herr Hoffmann informiert, dass für die Mitglieder des Ausschusses vor der Sitzung eine Besichtigung der Baustelle stattgefunden habe und der Großteil daran teilgenommen habe. Die Führung sei in seinen Augen sehr gut verlaufen. Die letzten beiden Berichte seien sehr knapp und kurz gehalten worden, deshalb sei in der heutigen Sitzung Herr Rieger dabei, um als beauftragter Projektsteuerer aus allererster Hand über den Status der Baustelle informieren zu können. Bei der Besichtigung habe man erkennen können, dass der Bau mit Riesenschritten voranschreite und man habe

sich vorstellen könne, wie sich der Hochbau später darstellen wird. Die weniger schöne Nachricht sei zum einen die Verlängerung der Bauzeit um rund ein Jahr und zum anderen die Kosten, die dadurch mehr werden. Trotzdem sei das Ende der Fahnenstange absehbar, betont Herr Hoffmann. Mit den Gewerken, die an den Baupreisindex gebunden sind, werde man noch in diesem Jahr soweit sein, dass dieser keine Mehrkosten mehr entstehen. Nach dem Beginn der jeweiligen Leistungen sei der Automatismus unterbrochen. Damit sei man an der Stelle in sicherem Fahrwasser. Sollte der Baupreisindex weiter steigen, sei man nicht mehr daran gekoppelt. Die Firmen arbeiteten und rechneten dann zu den gemachten vertraglichen Konditionen ab, verdeutlicht Herr Hoffmann.

Herr Rieger geht anhand der Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, auf den aktuellen Status der Baustelle ein und ergänzt, dass es auch nach Fertigstellung des Museums noch Stellen gebe, an denen man historische Fundamente erkennen könne. Was die Fertigstellung des Dachtragwerks angehe, könnte es noch zu einem kritischen Moment kommen, da das Hilfstragwerk zuerst wieder ausgebaut werden müsse. Wenn im Anschluss die Gussstützen erfolgreich eingefädelt worden seien, werde das Dachtragwerk nochmals ein wenig nach unten abgesenkt. Erst danach stehe das Museum statisch wieder ganz „auf alten Beinen“, erklärt Herr Rieger. Bei den erkennbar schwarzen Elementen auf Seite 8 der Präsentation handle es sich um sogenannte Hohlkörper, die in die Decke eingebaut werden. Diese seien etwas stabilere „Luftballons“, die überall dort eingebracht werden, wo es keine Druckzonen im Beton gebe, führt Herr Rieger fort. Dies habe den Vorteil, dass man beim Betonieren weniger Beton brauche, der wiederum ansonsten Geld koste. Dadurch, dass das Eigenwicht der Decke geringer werde, brauche man auch weniger Stahl. Diese Form der Decken seien im gesamten Museumsgebäude mehr oder weniger prägnanter Ausprägung so ausgeführt worden. Weiter erläutert Herr Rieger den Rückbau des Stahltragwerkes und erklärt, dass im Dachtragwerk kein moderner Träger verbleiben würden.

Bezüglich der Kosten habe es seit der letzten Ausschusssitzung keine Submissionen und Beauftragungen gegeben. Dies sei vom Hochbauamt bewusst so gesteuert worden, da man abwarten möchte, bis man terminlich gefestigt sei, um nicht wieder mit den Firmen nicht einzuhaltende Fristen zu vereinbaren. Die nächsten Submissionen habe man auf Juni/Juli 2023 terminiert. Für die letzte ergänzende Projektgenehmigung habe man im Jahr 2021 den Februarindex verwendet, der im April 2021 veröffentlicht worden sei. Von April 2021 bis April 2023 sei der statistische Baupreisindex

um 33 % gestiegen. Herr Rieger geht davon aus, dass die Entwicklung des Baupreisindizes, wenn man verschiedene noch relevanten Gewerke (Wärmepumpen, Heizung, Lüftung, Sanitär) in einen Topf werfe, nicht nach unten gehe. Aktuell liege man bei ca. 56.600.000 Euro, in denen der Februar 2023 bereits eingerechnet sei. Anhand der Folien erläutert Herr Rieger die Indexanpassung der einzelnen Kostenblöcke. Auf die bestehenden Vertragsverhältnisse gebe es ein Budget von ca. 23,8 Mio. Euro. Die Projektkosten setzen sich aus mehreren Kostengruppen zusammen. Die Kostengruppe 300 und 400 betreffe all das, was das Bauen ausmache. Die Planungskosten, die museale Einrichtung sowie die komplette Entsorgungsthematik seien hier nicht enthalten. Hier liegen allerdings mittlerweile für fast 30 Mio. Euro gefestigte Schlussrechnungsprognosen vor. Das bedeute, dass man beim Kostenblock von 28,8 Mio. Euro keine Überraschungen erwarte, betont Herr Rieger. Die Anzahl der ausstehenden Vergaben betrage nur noch ca. 6,6 Mio. Euro. Hier hoffe man, dass diese in der bezüglich der Kostenentwicklung in der Horizontalen blieben. Dann müsse man nur noch die Vertragsverhältnisse in Höhe von ca. 8 Mio. Euro auf einen aktuellen Index anpassen. Diese Indexanpassung richte sich nach den Gewerken, die im Zeitraum von Juni bis September größtenteils auf der Baustelle mit ihren Leistungen beginnen. Angenommen man nehme als Stichtag den Monat August, würde der dann gültige Index als Bemessungsgrundlage herangezogen werden. Dieser werde allerdings erst mit zwei Monaten im Nachlauf veröffentlicht, weist er daraufhin. Das bedeute, dass das Museum im Oktober, finanziell unter Berücksichtigung der Indexanpassung der vertraglichen Individualvereinbarungen jeder bereits beauftragten ausführenden Firma, auf den Punkt gebracht werden könne. Damit sei man, was die Kostenprognose anbelange, soweit durch. Bis auf die üblichen Nachtragsrisiken, die jedes Projekt habe, sei man von Seiten des Kostenindex damit gesichert. Mit Blick auf den aktuellen Beauftragungs- und Rechnungsstand erklärt Herr Rieger auch den Unterschied zwischen den beiden noch einzubauenden Estricharten. Im Untergeschoss habe man einen geschliffenen Estrich, der ein bisschen einem Terrazzo ähnele, welcher allerdings viel teurer wäre. Der andere Estrich sei ein ganz normaler Estrich, der unter einem Bodenbelag vorkomme wie z.B. in der Küche. Was den Terminplan betreffe, habe man nun mittlerweile auch das Größte hinter sich. Die Termine seien mit Bauleitung und Firmen neu aufgestellt worden. Auf Folie 28 der Präsentation sehe man deshalb einen völlig neuen Terminplan. Ein Meilenstein im Herbst sei noch der Abschluss der Rohbauarbeiten, referiert Herr Rieger. Wenn die Gussstützen eingebaut seien, werde von der Rohbau Firma dort noch betoniert, wo sich später die Museumspädagogik und im Erdgeschoss und Westbereich die Sani-

tärbereiche befinden. Danach sei man mit der gesamten Gastro und Küche im September soweit fertig. Bis Ende 2024 sollen die Ausbauarbeiten laufen, bis es dann zur Inbetriebnahme inklusive des Aufbaus der ersten Ausstellung komme. Dieses Thema müsse man noch im Detail mit Fr. Dr. Rhode und ihrem Team behandeln. Die Klimatechnik müsse funktionieren, bis das erste Kunstwerk, das klimatischen Bedingungen erfordere, ins Gebäude eingelagert werde. Für diesen Prozess rechne man mit einem halben Jahr. Diese beiden letzten Vorgänge dürfe man nun sukzessive mit dem Museum abstimmen, damit diese Hand in Hand parallel verlaufen. Ein anderes Projekt seien die Außenanlagen, die mit der Museumseröffnung im Jahr 2025 entsprechend fertiggestellt sein sollten, führt Herr Rieger aus.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hofft, dass die Kosten die 60 Mio. Euro Grenze nicht übersteigen. Dies wäre fatal und auch der Öffentlichkeit schwer zu verkaufen, wenn man bedenke, mit welcher Zahl man gestartet habe. Zudem erkundigt sie sich nach weiteren Möglichkeiten, mehr Kostensicherheit zu bekommen und möchte wissen, ob es noch weitere Einsparpotenziale gibt.

Herr Rieger schildert die Situation des Gebäudes und erklärt, dass es sich dabei um eine Hülle handelt, die mit ihrem Mauerwerk so belassen wird, wie sie ist. Es werde nichts verputzt und selbst die Graffitis, die man teilweise an den Wänden sieht, sollen größtenteils erhalten bleiben. Es sei bereits darüber diskutiert worden, bei der Akustik zu sparen. Natürlich müsse diese Hülle auch den heutigen musealen Ansprüchen gerecht werden, erläutert er. Bezüglich der Technik sei darüber diskutiert worden, ob man die unten an der Decke befindenden „Akustikwaffeln“ entfallen lassen soll. Dies würde Herr Rieger jedoch nicht empfehlen, weil man dies sonst bei der Lautstärke im Museum büßen müsse.

Herr Hoffmann ergänzt, dass es sich bei dem Gebäude um kein Wohnungsgebäude handle, bei dem z.B. einfach auf einen teuren Parkettboden verzichtet werden könne. Durch das Denkmal bestehen gewisse Denkmalaufgaben. An der Gebäude- und Sicherheitstechnik könne nicht gespart werden, da die Exponate auf ein bestimmtes Klima angewiesen seien. Das Ingolstädter Museum sollte so ausgestattet sein, dass es eben auch mal eine Mondrian Ausstellung aufnehmen könne. Dies sei ihm von Frau Dr. Rhode mitgeteilt worden. Ansonsten habe man keinen Luxus geplant, den man wegnehmen könnte, verdeutlicht Herr Hoffmann.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beratend**3 . Sportentwicklungsplan für die Stadt Ingolstadt, Abschlussbericht; Verabschiedung der Leitziele, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen (Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)
Vorlage: V0291/23**Antrag:

1. Der Abschlussbericht zur Sportentwicklungsplanung wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die im Abschlussbericht dargestellten erarbeiteten Ziele und Maßnahmen, die durch die Lenkungsgruppe verifiziert wurden, werden entsprechend ihrer Priorisierung mit dem jeweiligen Umsetzungshorizont als Zielvorgaben beschlossen.
3. Die Umsetzung und Verstetigung eines überwiegenden Teils der Maßnahmen im Bereich der Sport- und Bewegungsangebote, der Vernetzung und Kooperation, der Sportvereinsentwicklung und der Sport- und Bewegungsräume erfolgt vorbehaltlich der Schaffung zweier Stellen im Amt für Sport und Freizeit (Anlage 2).
4. Das Amt für Sport und Freizeit evaluiert den weiteren Prozess und berichtet in zweijährigem Rhythmus über die Umsetzung der Maßnahmen.
5. Die Aufgaben der Lenkungsgruppe sind abgeschlossen.

Stellungnahme des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit und der Sportkommission vom 25.04.2023:

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf den langen Beteiligungsprozess. Der Sportentwicklungsplan gebe einen Überblick über die sportliche Landschaft in Ingolstadt. Erfreulich sei, dass Ingolstadt im Großen und Ganzen gut aufgestellt ist. Es werden aber die Punkte wo Handlungsbedarf gegeben sei, aufgezeigt. Die Vereine seien großartige Stützen des Sportlebens in Ingolstadt. Im Hinblick auf die Kooperation zur Gewinnung von Ehrenamtlichen könne noch nachgebessert werden. Auch das Thema Bewegungsräume im öffentlichen Raum und auch die Öffnung von Schulhöfen, seien hier mitdiskutiert worden. Es wäre sehr schade, wenn dieser Prozess nicht weitergeführt werde, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Andere Dinge, wie z. B. das Thema Schwimmbäder seien bereits in der Pipeline.

Frau Dr. Thurn von IKPS geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadtrat Ettinger spricht seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Er habe es sehr wertschätzend empfunden, dass sich Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an den Lenkungsgruppen beteiligt habe. Dies sei seines Erachtens nicht selbstverständlich.

Stadtrat Ettinger habe die Atmosphäre nicht nur als angenehm, sondern als inspirierend empfunden. Dies sei eine perfekte Mischung aus Begegnungen und Arbeit gewesen. Nur ein kleiner Aspekt stellvertretend für die vielen Erkenntnisse war, wie junge Menschen für einen Vorstandsposten gewonnen werden können. Ergebnis sei hier eine limitierte Vorstandssitzung von 45 Minuten.

Stadtrat Schidlmeier schließt sich dem Dank seines Vorredners an. Er merkt auch an, dass es sich um eine angenehme Zeit, welche manchmal aber auch anstrengend gewesen sei, gehandelt habe. Die Ergebnisse lassen sich aber auf alle Fälle sehen. Gerade in der Nach-Corona-Zeit sei eine deutliche Veränderung der Menschen erkennbar. Diese streben wieder nach außen und wollen Spaß und Freude haben, und sich vergnügen und sportlich betätigen. Mit dem Sportentwicklungsplan sei eine ganz wichtige Basis geschaffen worden, um die Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechend zu befriedigen. Bewegung sei Lebenssinn, bringe Freude und Gesundheit. Dies sei nicht nur eine Aufgabe der Kommune, der man gerne nachkomme, sondern auch eine interkulturelle Aufgabe. Stadtrat Schidlmeier spreche dies gerade in Zusammenhang mit dem Schwimmen an, denn hier gebe es mit Sicherheit noch Defizite. Insofern müsse hier das Leistungsangebot verbessert werden, um mehr interkulturelle Schwimmangebote anzubieten. In diesem Zusammenhang sei Stadtrat Schidlmeier auch aufgefallen, dass der Stadtrat kein Spiegel der Gesellschaft sei, da Ingolstadt einen hohen Migrationsanteil habe. Es solle auch daran gearbeitet werden, die sehr umfangreiche Bevölkerungsgruppe, die ganz verschiedene Ausprägungen habe, mit einzubeziehen. Dies sei eine Aufgabe für die Zukunft.

Stadtrat De Lapuente weist darauf hin, dass sich die Parteien zu Beginn der Periode darauf geeinigt haben, einen Sportentwicklungsplan auszuarbeiten. Der erste Schritt sei nun nach drei Jahren, diesen zu Papier gebracht und ein Fundament geschaffen zu haben. Damit sei es aber noch nicht getan, denn die Umsetzung erfolge jetzt. Das Sportamt werde sicherlich vieles mitentwickeln müssen. Er regt an, die nächsten drei Jahre für die Umsetzung der Maßnahmen zu nutzen. Vielleicht gehe es sogar schneller.

Stadtrat Over spricht auch seinen Dank an Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll für die leidenschaftlichen Ansporne der abendlichen Workshops aus. Er möchte noch einmal hervorheben, dass er sich bei allen Beteiligten dafür bedanke, dass diese die Wertigkeit und die Wichtigkeit von Schutzkonzepten gegen sexualisierte Gewalt mit aufgenommen haben. Stadtrat Over stelle mit Freude fest, dass der Verein Wirbelwind es geschafft habe, die Empfehlung zu einem derartigen Schutzkonzept zu installieren.

Stadträtin Kürten denkt, dass das größte Pfund das mit diesem Sportentwicklungsplan geschaffen worden sei, der Weg sei, der manchmal das Ziel ist. Dieses Zusammensitzen und auch die Gespräche mit den Vereinen, das sich Kennenlernen, habe ihr am besten gefallen. Der Sportentwicklungsplan sei nun sehr viel Papier. Man werde sehen, wie die Umsetzung, auf die sich Stadträtin Kürten freue, weitergehen könne. Weiter fragt sie nach, wie den Vereinen dieser Prozess gefallen habe.

Obwohl Stadtrat Mißbeck anfangs skeptisch diesem Werk gegenübergestanden sei, revidiere er dies und zeige sich nun erfreut über diese tiefgehende Arbeit. Fraglich sei aber wie nun diese Seiten in den Vereinen umgesetzt werden. Wie werde damit umgegangen, dass nicht nur in diesem Kreis, sondern auch in der Praxis dies in der Breite erkannt und diskutiert werde. Dies sei für die Vereine, auch für die nachkommenden Generationen und alle Mitglieder ein Richtfaden. Weiter fragt Stadtrat Mißbeck nach, mit welcher Priorität diese Dinge in den kommenden Haushalt mit einfließen werden. Die Prioritätenliste sei gegeben und dies sei sicherlich eine Diskussionsgrundlage für die Vereine, die dies letztendlich betreffe. Hier seien sicherlich noch

Gespräche notwendig. Weiter verweist er Bevölkerungswachstum in den neuen Vierteln, wo neue Schulen benötigt werden und auch Sporthallen etabliert werden müssen. Das Konzept Schule und Sporthalle sei sicherlich ein sinnvolles Tandem. Er fragt nach, ob es hier ein weiterführendes Konzept aus den zuständigen Referaten gebe. Die Sport- und Freizeitgestaltung sei ein ganz wesentlicher Faktor der Gesellschaft.

Nach den Worten von Herrn Nixdorf ist der Sportentwicklungsplan für die Vereine ein Fundament, auf dem aufgebaut werden könne. Damit haben die Vereine ein Werkzeug an die Hand bekommen, um zusammen mit der Stadt einen Mehrwert zu generieren und sich in Zukunft daran zu orientieren. Da die meisten seiner Vereinskollegen daran mitgewirkt haben, sind auch die verschiedenen Anregungen der Vereine und Stadtteile berücksichtigt. Jeder Verein hat seine Probleme, aber viele Probleme haben die Vereine gemeinsam. So können diese zukünftig auch gelöst werden. Auf Anfrage von Stadträtin Kürten teilt Herr Nixdorf mit, dass bei diesen Workshops manche Stadträte jetzt erst mal mitbekommen haben, was in den Vereinen tiefgründig sei und welche Sorgen und Nöte diese haben. Der Sportentwicklungsplan werde die Vereine begleiten und dieser werde stetig weitergeschrieben. Herr Nixdorf gehe davon aus, dass man in den nächsten drei Jahren bereits die erste Maßnahme bemerke und dies ein Mehrwert für die Vereine der Stadt sei. Herr Nixdorf spricht seinen Dank von Seiten der Vereine an alle Beteiligten aus.

Herr Dollinger schließt sich den Dankesworten seines Vorredners an. Auch er habe diesen intensiven Austausch in den Workshop als positiv empfunden. Die Aufgabe sei nun die Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes, auch im Zeichen der Nachhaltigkeit.

Es stelle sich ganz klar die Frage, wie es nun weitergehe. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert zu, dass an den Themen weitergearbeitet werde. Einiges werde über andere Ämter wie den Schul- und Baubereich umgesetzt werden. Ein Teil davon sei das strategische Immobilienmanagement. Insofern sei dieses Produkt aus einem Guss. Es gebe aber auch Themen die nicht gleich mit voller Power bewältigt werden können. Dabei spricht sie z. B. das Thema Sport-Portal bzw. Kooperationen an. Hierzu verweist sie auf die entsprechenden Personalkapazitäten im Sportamt und die entsprechenden Mittel aus dem Haushalt

Aus der Vorlage sei ersichtlich so Herr Diepold, welche Themenbereiche identifiziert werden, die momentan ohne zusätzliches Personal nicht bewältigt werden können. Das ganze Thema Sportangebote sei eigentlich bisher nicht im Portfolio des Sportamtes, denn dies fiele in die Zuständigkeit der Vereine. Die Stadt stelle die Sportstätten. Auch mit dem Bereich Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum habe man sich in den letzten Jahren nicht beschäftigt. Dies komme nun über den Bürgerhaushalt des Öfteren. Herr Diepold betont, dass es hierfür aber letztlich kein richtiges Konzept gebe. Der Sport im öffentlichen Raum werde immer mehr, da der Platz nicht unendlich sei und nicht unendlich weitere Turnhallen gebaut werden können. Er merkt nochmals an, dass das Sportamt hier personell nicht so gut aufgestellt sei, um dies ohne Weiteres umzusetzen. Er weitet dies aber weiter aus und verweist hier auf andere Dienststellen, wie das Gartenamt und das Hochbauamt. Herr Diepold gibt als Beispiel das Thema Parcours-Anlage an der Halle 9, welches schon seit Jahren nicht weiterentwickelt werden könne. Der Punkt sei, dass es keine Konzepte, keine Zuständigkeit und auch keine Organisation gebe, um diese Themen wirklich voranzubringen. Aus Sicht von Herrn Diepold werde eine andere Zusammenarbeit und auch zusätzliches Personal benötigt. Er betont, dass das Sportamt seit 15 Jahren kein zusätzliches Personal benötigt habe. Aufgrund dieser vielen Themen sei nun der Bedarf gegeben. Bei kleineren Themen, die im laufenden Betrieb bewältigt werden können,

sehe er kein Problem. Aber die künftige Fülle an Dingen und Aufgaben mit denen sich das Sportamt bisher nie befasst habe, sehe er problematisch.

Herr Hoffmann verweist auf das strategische Immobilienmanagement, welches parallel zum Sportentwicklungsplan entwickelt worden sei. Hier greifen die Zahnräder gut ineinander und es sei ersichtlich, dass die Themen auch von baulicher Seite erkannt seien. Herr Hoffmann verweist auf die sanierungsbedürftigen Turnhallen in der Innenstadt und informiert, dass eine Sanierung nicht bei allen gleichzeitig erfolgen könne. Hier müsse eine gewisse Reihung beachtet werden, auch wenn die Priorität dieser Anlagen sehr hoch sei.

An Herrn Diepold gewandt fragt Stadträtin Kürten nach, was ohne die zusätzlichen Stellenanforderungen umgesetzt werden könne.

Herr Diepold merkt an, dass alles andere umgesetzt werden könne. Das Sportamt sei künftig ein Planungsamt, so Herr Diepold. Trotzdem fehle es aus seiner Sicht an Konzepten und an genauen Schnittstellen in der Stadtverwaltung. Er betont nochmals, dass das Sportamt keine Kapazitäten für die Planungen im öffentlichen Raum habe. Hier müsste ausgeschrieben werden, was sich aber wieder als schwierig darstelle, weil jemand benötigt werde, der diese Ausschreibung vornehme. Dies seien derzeit alle Dinge, die nicht geleistet werden können. Weiter verweist er auf stetig neue Dinge aus dem Bürgerhaushalt. Wichtig sei auch, dass die Stadt selbst initiiert, was eigentlich gewollt werde. Wolle man immer das widerspiegeln, was der Bezirksausschuss beschließe, oder wolle die Stadt ein eigenes Konzept auflegen. Dies könne nur von Personal erledigt werden, welches Herr Diepold aktuell nicht habe.

Es werde sicherlich auch Gesprächs- und Kommunikationsformen mit den Vereinen geben, um sich über die Themen des Sportentwicklungsplans gemeinsam auszutauschen, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Weiter sichert sie zu, die Personalproblematik in der Stellenberatung anzusprechen.

Gerade das Thema Trendsport wie in der Halle 9, sei ein solcher Prozess, die oftmals Jahre andauern, so Herr Angermann. Die Jugendlichen, die diese Ideen angeregt haben, seien da oft schon rausgewachsen. Dies beobachte er tatsächlich in den letzten 15 Jahren immer wieder, dass eine Umsetzung für Sportanlagen im öffentlichen Raum lange andauere. Dieser Sportentwicklungsplan zeige nun auf, dass sich Sport nicht nur in der Schule oder in den Vereinen abspiele, sondern ganz viel im öffentlichen Raum stattfindet. Hier seien die Grenzen vom Alter fließend, auch wenn oft von Jugendtrainern die Rede sei. Es gebe viele Sportplätze wo viele Erwachsene, oder ganze Familien aktiv seien.

Man sei sich hier einig, dass der Sportentwicklungsplan eine gute Basis sei, um den Sport insgesamt im Freizeitbereich und in der Jugendarbeit in dieser Stadt weiterzuentwickeln. Stadtrat Wittmann weist aber schon darauf hin, dass das Sportamt in der Vergangenheit nicht nur verwaltet, sondern auch gestaltet habe. Aus dem Vortrag von Frau Dr. Thurn könne man heraushören, dass dies bislang nur verwaltet habe und nun ins Gestalten komme. Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass über viele Jahrzehnte für den Sport sehr viel getan und investiert worden sei. Dabei verweist er auf das Ballspielhallen-Programm. Auch wolle er eine Lanze brechen für das Garten- und Bauamt. Hier habe man in der Vergangenheit immer alles Mögliche getan. Es sei klar, dass es immer zusätzliche Wünsche gebe. Diese gebe es auch in anderen Bereichen. Alles optimal zu entwickeln und zu gestalten, sei nicht möglich. Stadtrat Wittmann betont ausdrücklich, dass er der Antragsziffer zwei der Beschlussvorlage nicht so zustimmen werde, weil im Finanzausschuss eine ganz andere Diskussion geführt werde. Dabei zitiert er den Oberbürgermeister, sich auf die Pflichtaufgaben zu konzentrieren, weil sich die Stadt nicht mehr alles leisten könne. Dieser Aspekt müsse

auch berücksichtigt werden. Es müsse erst die Stellungnahmen der anderen Ausschüsse abgewartet werden. Als Sportausschuss könne man grundsätzlich sagen, es könne nie viel genug sein. Aber zu sagen, dass die Maßnahmen nur mit zwei zusätzlichen Stellen umgesetzt werden können, sei nicht korrekt. Ganz so einfach funktioniere Kommunal- und auch Finanzpolitik nicht. Stadtrat Wittmann zeigt sich verwundert, dass nicht der Personalausschuss in der Beratungsfolge aufgeführt sei, wenn es hier um zusätzliche Stellen gehe. Er bittet diesen in der Beratungsfolge zu ergänzen. Stadtrat Wittmann gibt zu Protokoll, dass man nicht von vorneherein sagen könne, man habe im Sportausschuss oder gar in anderen Ausschüssen bereits Stellen beschlossen, so weit dürfe dies nicht gehen. Auch wenn er heute der Gesamtvorlage zustimme, bedeute dies nicht, dass er automatisch diesen beiden Stellen zustimmen werde. Stadtrat Wittmann wolle nochmals zum Ausdruck bringen, dass man hier nicht weiterkomme, aber es könne nicht alles was wünschenswert sei, versprochen werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert eine Beratung im Personalausschuss zu. Es sei ausdrücklich so formuliert, dass manches nicht umgesetzt werden könne. Hierbei handelt es sich um eine Kenntnisnahme, dass der Stellenbedarf wie dargestellt gesehen werde.

Frau Dr. Thurn merkt an, dass es nicht so verstanden werden solle, dass sie das Sportamt bisher nur als eine verwaltende Einheit wahrgenommen habe. Dies sei ganz und gar nicht der Fall. Hier sei in der Vergangenheit vieles richtig gelaufen, sonst gebe es nicht diesen guten Bestand an Hallen und Plätzen für das Konzept. Im Sportentwicklungsplan sei deutlich geworden, dass sich das Aufgabenfeld erweitert habe und auch in Zukunft erweitern werde. Sie weist darauf hin, dass dies nur Punkte seien, die von der Verwaltung abgearbeitet werden müssen. Auch die Vereine, die Schulträger, der Sportkreis, also alle Akteure die bei diesem Prozess beteiligt seien, seien selbstverständlich in der Umsetzungspflicht.

Nun habe die Diskussion so positiv begonnen und nun eine solche Wende. Stadtrat De Lapuente wolle nicht in die Vergangenheit blicken. Wenn man etwas neues beginne, sei es klar, dass es zu Veränderungen, auch zu personellen, komme. Vielleicht verschiebe sich das eine oder andere etwas. Stadtrat De Lapuente verweist hierzu auf Synergieeffekte. Deswegen breche er die Lanze dies positiv zu betrachten und diese Sportentwicklungsplan als eine Chance zu sehen und nicht gleich wieder die kritischen Punkte voran zu stellen.

Auf nochmaliger Anfrage von Stadträtin Kürten teilt Herr Diepold mit, dass auch ohne die Personalaufstockung ein Teil der Maßnahmen umgesetzt werden könne.

Gemeinsame Abstimmung der Sportkommission und des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Der Sportentwicklungsplan sei bereits in der vergangenen Sitzung der Sportkommission beziehungsweise des Ausschusses für Sport und Veranstaltungen vorgestellt worden. An dieser Sitzung habe auch Frau Dr. Thurn von der Firma IKPS teilgenommen. Ein längerer Prozess mit Bestandsaufnahme, verschiedenen Workshops u.a.

zu den Themen Kita, Schulen und Sport liege hinter uns, informiert Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Anhand der Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, geht Herr Diepold auf den Prozess der Bestandsdatenerfassung über die Befragungen, der vier Workshops und mit der vom Stadtrat eingesetzten Lenkungsgruppe ein. Aus den 25 Leitzielen und 66 Handlungsempfehlungen seien 10 Empfehlungen, die an der Spitze stehen, priorisiert worden. Ganz oben auf der Agenda stehe das Schwimmen Lernen gefolgt vom Bäderkonzept Lehrschwimmbecken. Die Empfehlung sei, Bewegungsförderung in Schulbaukonzepten zu integrieren und eine bewegungsfreundliche Gestaltung von Schulhöfen. Auch hier spiele das Thema Öffnung von Schulhöfen eine Rolle, bemerkt Herr Diepold. Ein Pilotversuch, einen Schulhof am Nachmittag und Abend zu öffnen, sei ebenfalls angesprochen worden. Alle anderen Punkte befassen sich mit Themen der Sportvereine und den Angeboten in den Sportvereinen für Gruppen wie z.B. Frauen- und Mädchensport, aber auch Angebote für Senioren und im Bereich Integration und Inklusion. Hier könne man als Kommune auch weitere Anstöße geben und die Sportvereine unterstützen. Bisher sei dieses Thema im Sportamt noch gar nicht verankert gewesen, informiert Herr Diepold. Bei den Sportanlagen liege der Fokus eher auf dem Thema „Erhalten und Sanieren“ als neu Bauen. Dies soll nicht bedeuten, dass man nicht die eine oder andere Sportstätte doch brauche. Das Thema WLAN und LED in Sporthallen müsse für die Zukunft besser bedacht werden. Ein weiterer zentraler Punkt des Sportentwicklungsplanes sei der Sport im öffentlichen Raum. Die Befragungen haben ergeben, dass die meisten Leute im öffentlichen Raum Sport betreiben. Dass das Ingolstädter Stadtgebiet letztlich ein Sport- und Bewegungsraum ist, mit diesem Thema sollte man sich auch vermehrt befassen. Dies gehe von Mini-Spielfeldern über Trainingslagern und Skateanlagen bis hin zu Neuerungen, die man vielleicht noch gar nicht kennt, erörtert Herr Diepold.

Bei dem Punkt Konzeptionelle Weiterentwicklung von baulichen Aspekten ergänzt er, dass Ingolstadt in vielen Bereichen besser abgeschnitten habe als vergleichbare Kommunen in dieser Größenordnung. Das bedeute nicht, dass es nichts zu tun gäbe, sondern gerade in dem Bereich Sport, im öffentlichen Raum oder auch im Bereich der Angebote für die Vereine gebe es doch große Handlungsfelder. Herr Diepold stellt klar, dass der Sportentwicklungsplan nicht abgestimmt bzw. abgeschlossen sei, sondern permanent angepasst werden müsse. Man müsse sich darauf einstellen, dass es vielleicht in fünf Jahren Sportgeräte oder Sportarten gebe, die heute noch unbekannt sind, verdeutlicht er. Ebenso ein wichtiger Punkt sei, die Netzwerke aller

relevanten Akteure noch mehr auszubauen bzw. besser zu pflegen. Die Verwaltung fungiere hier vielleicht nur als Anstoßgeber. Umsetzen müssen es selbstverständlich die Vereine. Betroffen seien unterschiedliche Bereiche der Verwaltung wie z.B. bei Radwegen. Das sei eher ein Punkt für die Fahrradbeauftragte, die sich aber ohnehin schon dem Thema permanent beschäftige. Was die Pflege und Sanierung der Anlagen angehe, müssen die Sportförderrichtlinien auf neue Anforderungen fortlaufend angepasst werden. Man habe hier eher eine Sportförderung, die baulich oder infrastrukturell ausgelegt sei. Diese sollte man auch in eine Sportförderung umbauen, die sich vielleicht mehr Richtung Angebote ausrichte, meint Herr Diepold. Dazu fallen ihm zum Beispiel Zuschüsse im Bereich Vereinsführung oder Übungsleiter ein. Das Ehrenamt sei ein großes Thema, da diese den Vereinen an allen Ecken fehlen. Abschließend weist Herr Diepold daraufhin, dass sich der gesamte Sportentwicklungsplan auf die nächsten 10 bis 15 Jahre ausrichte. Dementsprechend seien die Empfehlungen priorisiert und terminiert. Dies könne man der Beschlussvorlage entnehmen. Gewisse Punkte werde man ohne personelle Verstärkung nicht bzw. nicht sofort umsetzen können, betont Herr Diepold. Gerade im Bereich Angebote von Sportvereinen oder auch das Thema Infrastruktur im öffentlichen Raum seien Themen, die aus seiner Sicht nicht ohne Weiteres im laufenden Betrieb miterledigt werden können.

Stadträtin Mader geht auf das Thema Sport im öffentlichen Raum ein. Für sie persönlich gehöre hier auch das Schwimmen dazu. Man habe gesehen, wie stark die Öffentlichkeit auf das Schließen der Sportschwimmbecken reagiert habe. Deshalb tritt sie mit der Bitte heran, rechtzeitig zu Beginn der Badesaison sämtliche Ufer-, Bade- und Liegebereiche zu überprüfen. Den Vorschlag, dass Sportvereine mehr Unterstützung im Vorstandsbereich oder in der Bürokratie bekommen sollen, begrüßt sie.

Das Thema Badeseesee sei beim Naherholungskoordinator gut aufgehoben, der sich bereits um Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur kümmere, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Was das Thema Vereine angehe, seien auch seitens der Vereine bei der Entwicklung des Sportentwicklungsplans einige Ziele und Wünsche eingegangen. Diese wolle man selbstverständlich unterstützen. Wichtig sei zum Beispiel die Gewinnung von Ehrenamtlichen, damit eine entsprechende Unterstützung bei Kooperationen mit Schulen oder ähnlichem gefördert werden könne. Das Ganze stehe allerdings unter dem Vorbehalt der entsprechenden personellen Ausstattung im Sportamt. Man werde wahrscheinlich nicht alles gleichzeitig anpacken können, pflichtet sie Herrn Diepold bei.

Stadträtin Leininger bezieht sich auf das Thema bewegungsfreundliche Schulhöfe und Kitas. Das Ergebnis, dass nur die Hälfte der Schulen als bewegungsfreundlich bezeichnet werden, liege zum einem daran, dass die Flächen zu klein seien, und zum anderem an der Ausstattung der Höfe. Ähnliches gelte für die Kitas. Die Flächen könne man nicht einfach so erweitern, aber in der Ausstattung könne die Verwaltung relativ zeitnah etwas tun. In Zusammenarbeit mit den BZAs können z.B. entsprechende Anträge gestellt werden, was sich Schülerinnen und Schüler für ihre Pausenhöfe wünschen, schlägt sie vor. Weiter erkundigt sich Stadträtin Leininger danach, ob es für neu errichtete Schulen bereits eine spezielle Stelle mit dem Fokus auf bewegungsfreundliche Schulhöfe gebe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwidert, dass dies schon vielfach umgesetzt werde. Als Beispiel bezieht sie sich auf die Schule Münchener Straße. Dort gebe es Bewegungsanreize wie das „Kästchenhüpfen“, welches man auf den Boden malen kann. Auch bei den modernen Neubauten werde dies bereits mitgedacht und berücksichtigt. Die Anregung, die Bezirksausschüsse miteinzubinden, begrüße sie.

Herr Engert ergänzt, dass bei neuen Schulanlagen oder Sanierungen Freianlagenplaner beauftragt werden, welche die Außenplanung übernehmen. Den Bau übernehme die Stadtverwaltung dann selbst. Bei kleineren Anlagen übernehme man auch die Planung selbst. Zudem werde in Absprache mit den Schulleitungen auf eine entsprechende Ausstattung geachtet.

Je mehr man an Ausstattung aufstelle, desto mehr müsse man auch auf die Sicherheitsaspekte achten, verdeutlicht Herr Hoffmann. Deshalb sei es in der Münchener Straße im Winter zu Sperrungen gekommen.

Man müsse genau darauf achten, an welcher Stelle man die Bewegung weiter stärken oder ausbauen könne. Weiter macht Herr Hoffmann darauf aufmerksam, dass Freianlagenplaner aktuell den allerneuesten Stand planen. Deshalb werde er das Thema gerne nochmal mitnehmen.

Stadtrat Dr. Schuhmann bedauert, dass sich die Betonierung der Schulhöfe aus vergangenen Jahrzehnten nicht mehr rückgängig machen lässt. Gerade deshalb plädiere er dafür, die Bewegungsforderungen, die mit Recht gestellt werden, in Zukunft wieder einigermaßen auszugleichen. Weiter geht er auf die finanziellen Auswirkungen des Sportentwicklungsplans ein. In der Beschlussvorlage stehe, dass dieser keine Kosten entstehen lasse. Wenn man allerdings zu hören bekomme, dass gewisse Punkte ohne zusätzliche personelle Unterstützung nicht umsetzbar seien,

müsste dies seiner Ansicht nach korrigiert werden. Außerdem sei Stadtrat Dr. Schuhmann aufgefallen, dass die Nachhaltigkeitseinschätzung nicht durchgeführt worden und die Begründung der Aufnahme im Abschlussbericht zu finden sei. Diese Begründung habe er allerdings nicht finden können.

Herr Diepold erklärt, dass Abschlussberichte in dieser Zusammenfassung von Nachhaltigkeitseinschätzungen ausgenommen seien.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Dr. Schuhmann antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, dass die Förderung von bewegungsfreundlichen Schulen, Kitas und Sportanlagen sowie die dafür notwendige Schaffung von Stellen sicher etwas kosten werde. Aktuell könne man diese allerdings nicht beziffern, da unmittelbar keine Maßnahmen beschlossen werden. In dem Moment, in dem ein Schulhof mit Bewegungsangeboten aller Art gebaut wird, müssen die Kosten angegeben und entsprechend vom Stadtrat beschlossen werden, verdeutlicht sie. Nachdem jedoch bekanntermaßen bei „Nicht-Pflichtaufgaben“ eine Nullrunde eingeläutet wurde, werden die Stellen nicht im Nachtragshaushalt, sondern wenn dann eher im nächsten Haushalt beantragt, führt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll aus.

Stadtrat Dr. Schickel bekräftigt die Bitte von Stadträtin Leininger, mehr Sportanreize wie z.B. Tischtennisplatten für Schülerinnen und Schüler, die auf kurzem Dienstweg zu beschaffen seien, zu schaffen. Da Sportlehrer manchmal mehr mit Trendsportarten vertraut seien als die Verwaltung, plädiere er dafür, Schulgemeinschaften intensiv in weitere Planungen miteinzubinden.

Stadtrat Achhammer teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion in ihrer Vorberatung zum Thema Sportentwicklungsplan festgestellt habe, dass die Bezirksausschüsse nicht eingebunden waren. Ihnen sei bekannt, dass alle Vereine eingeladen wurden, aber sich einige nicht beteiligt haben. In einem größeren Verein im Norden von Ingolstadt habe man einige Defizite festgestellt, die nicht bekannt waren. Stadtrat Achhammer vertritt die Meinung, dass die Bezirksausschüsse dringend miteingebunden werden müssen, wenn man Verbesserungen erreichen möchte. Deshalb regt er an, diese zukünftig auf irgendeine Art und Weise dazu aufzufordern, sich zu beteiligen. Dies könne man z.B. über einen Tagesordnungspunkt tun, schlägt Stadtrat Achhammer vor.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass der Sportentwicklungsplan im Grunde bereits feststehe und jeder Sportverein angeschrieben worden sei mit der Bitte, sich zu beteiligen. Wer dies nicht getan habe, sei nun leider etwas spät dran.

Über die Bezirksausschüsse könnten nochmals Themen eingebracht werden, wenn es etwa um konkrete Projekte gehe, die in dem Plan enthalten seien. Hier könne sie sich vorstellen, nochmals speziell um Kommentierungen oder Anregungen aus dem eigenen örtlichen Bereich zu bitten.

Stadtrat Reibenspieß möchte in Erfahrung bringen, wie die konkrete Gestaltung von Bewegungsformen bei der neuen Mittelschule Südost aussehe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, dass sich diese Frage nicht so leicht beantworten lasse, da die Außenanlagen noch in der Planung und die Gestaltung des Pausenhofes wahrscheinlich Sache des Architekten seien.

Das Sportamt sei in diese Maßnahme nicht eingebunden, pflichtet Herr Diepold bei. Letztlich sei es eine Baufrage und hänge davon ab, was geplant und ausgeschrieben werde. Deswegen könne er aktuell keine Details nennen.

Frau Bürkl ergänzt, dass im Rahmen der Bauplanung des Schulhofes der neuen Mittelschule Südost mit dem Freianlagenplaner die Schulgemeinschaft sowie die Schulleitung eingebunden worden seien. Die Planungen seien soweit fertig und unter den vier bekannten pädagogischen Bereichen „Pädagogik, Bewegung, Aufenthalt und Ruhe“ geplant worden.

Es gebe auch von der Berufsgenossenschaft einen Leitfaden für die Ausgestaltung von Schulhöfen, allgemeine Grundsätze und Best Practice Beispiele, die besagen, wie der Stand der Technik deutschlandweit sein sollte, informiert Herr Hoffmann. Diese müssen allerdings in jedem Einzelfall auf die konkrete Situation umgesetzt werden. Herr Hoffmann gehe davon aus, dass diese Grundsätze den Planern ohnehin mit an die Hand gegeben und eingehalten werden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Kenntnisnahme

4 . Freiwillige Schülerbeförderung; Neuordnung des städtischen Zuschusses mit Eigenbeteiligung ab 01.09.2023 (Mündlicher Bericht: Herr Engert)

Herr Engert entschuldigt sich im Voraus dafür, dass hierzu keine schriftliche Sitzungsvorlage vorliege. Der Grund dafür sei, dass es im Nahverkehr und im öffentli-

chen Personenverkehr zu großen Änderungen in den vergangenen Wochen gekommen sei. Man warte noch auf eine schriftliche Stellungnahme des Ministeriums zu einer Frage, wie es mit der Gültigkeit des 365 Euro-Tickets über den Juli 2024 hinaus aussehe, weil der Staatsvertrag bisher nur den Zeitraum bis Juli 2024 regle. Erst dann könne eine Sitzungsvorlage erstellt werden. Gleichzeitig benötige man allerdings einen Beschluss, da für die Einschulung in den Schulen die Eltern informiert werden müssen, in welcher Form die Karten erworben werden können, verdeutlicht Herr Engert. Man hoffe auf eine Antwort bis zum 16. Mai, um noch rechtzeitig eine schriftliche Sitzungsvorlage mit zusammengefasstem Informationsstand vorlegen zu können. Anhand einer Powerpoint-Präsentation geht Herr Engert auf den aktuellen Informationsstand ein, wie im Moment die Situation bei der freiwilligen Schülerkarte mit Eigenbeteiligung sei. Diese gelte für alle Schüler, die nicht den Anspruch auf eine kostenfreie Schülerbeförderung haben. Eine gesetzliche Schülerbeförderung bestehe, wenn ein Grundschüler weiter als zwei Kilometer und ein Schüler der weiterführenden Schule weiter als drei Kilometer von seiner Schule entfernt wohne. Wenn dieses Kriterium nicht erfüllt sei, gebe es in Ingolstadt die freiwillige Schülerbeförderung. Einbezogen nach Stadtratsbeschluss seien auch Berufsschülerinnen und -schüler mit Erstwohnsitz in Ingolstadt, Studentinnen und Studenten der TH Ingolstadt und der Universität Eichstätt Ingolstadt sowie Studentinnen und Studenten, die in Ingolstadt wohnen, aber an anderen Universitäten studieren, Vollzeitschülerinnen und -schüler der Technikerschule sowie Ingolstädter Kinder, die noch keine Schule besuchen, aber das 6. Lebensjahr vollendet haben. Diese Gruppe habe Anspruch auf eine freiwillige bezuschusste Schülerkarte bei der Stadt Ingolstadt. Im Schuljahr 2022/23 bzw. im laufenden Jahr koste die Schülerkarte monatlich 51,00 Euro. Die Eltern zahlen einen monatlichen Beitrag von 23,00 Euro. Der Zuschuss je Karte, den die Stadt Ingolstadt leiste, liege bei 28,00 Euro im Monat. Die VGI habe eine Erhöhung des Grundpreises auf 57,60 Euro beschlossen. Wenn man bei der bisherigen Aufteilung bleiben möchte, würde dies bedeuten, dass von den Eltern 26,00 Euro und von der Stadt Ingolstadt 31,60 Euro bezahlt werden müssen. Für die Stadt Ingolstadt wäre dies ein Jahresbeitrag von 379,20 Euro für eine Karte, die lediglich in der Zone 100 im Stadtbereich gelte. Das 365 Euro-Ticket dagegen koste 53,00 Euro weniger als der Anteil, den die Stadt zahlen müsste und gelte im gesamten Gebiet der VGI, erörtert Herr Engert. Es mache deshalb wenig Sinn, diese Karte in der Form zur Verfügung zu stellen, da zu den 379,20 Euro auch noch der Anteil der Eltern hinzukäme. Dieser summiere sich auf 312,00 Euro, sodass insgesamt für die Karte mehr als 700,00 Euro bezahlt werden müssten. Die Gültigkeit von der Fläche sei im Vergleich zum 365 Euro-Ticket sehr viel weniger. Anhand Folie 4 der Powerpoint-Präsentation

geht Herr Engert auf die abgenommene Stückzahl der Karten von den verschiedenen Gruppen ein. Auffallend sei, dass lediglich sieben Personen der Technikerschule und Ingolstädter Kinder mit Vollendung des 6. Lebensjahres, diese Karte nutzen. Bei den Ingolstädter Kindern ohne Schulbesuch sei es auch nicht ganz einfach, anderen Kindergarteneltern zu erklären, weshalb ihre Kinder diese Karte nicht in Anspruch nehmen können. Weiter geht Herr Engert auf die nächste Folie mit den verschiedenen Ticketvarianten ein, die aktuell zur Verfügung stehen. Zusammenfassend könne man auch hier nochmal sehen, dass die Bezuschussung nach dem bisherigen System nicht besonders viel Sinn mache, weil der städtische Anteil mit 379,20 Euro über den 365 Euro-Ticket liege. Deshalb sei die Verwaltung der Meinung, dass mit dem 1.9.2023 das System neu geordnet werden sollte. Der Vorschlag wäre, das 365 Euro-Ticket mit einem Zuschuss für die Eltern zu versehen, die keinen Anspruch auf eine gesetzliche Beförderung haben, um für die Eltern den Betrag von 23,00 Euro stabil zu halten. Der Rest soll von Seiten der Stadt Ingolstadt finanziert werden, damit sich für die Eltern nichts ändert und diese dafür ein 365 Euro-Ticket erhalten. Die Vor- und Nachteile hierfür seien auf Folie 7 der Powerpoint-Präsentation dargestellt. Unabhängig von dem Zuschuss, den die Stadt Ingolstadt den Eltern zahle, müsse die Stadt 1/3 des Differenzbetrages zwischen 365,00 Euro-Ticket und Basispreis der Monatskarte übernehmen. Der Staat zahle 2/3 davon. Dies bedeute, dass 1/3 der Kosten bei der Stadt Ingolstadt hängen bleiben. Weiter gebe es das Problem mit der zeitlichen Förderzusage des Freistaates Bayern. Hier warte man auf eine schriftliche Auskunft. Mündlich habe man diese schon, dass die Karte über Juli 2024 hinaus gelte, so Herr Engert. Wenn jemand eine Karte im November kauft, würde diese im Moment am 31.07.2024 lt. Staatsvertrag enden. Bisher gebe es noch keine staatliche Regelung, dass die Gültigkeit für ein Jahr bis in den November 2024 abdecke. Dies müsse in irgendeiner Form noch geklärt werden. Weiter erörtert Herr Engert den Gesamtkostenvergleich auf Folie 8. Bei der Neuordnung des Zuschusssystemes würden Studierende und Auszubildende auf ein 29,00-Euro-Ticket und Schülerinnen und Schüler der Technikerschule auf ein 49,00-Euro-Ticket zurückgreifen müssen, da diese beim 365-Euro-Ticket herausfallen. Die Maßnahmenempfehlung der Firma Kienbaum im Rahmen der Aufgabenkritik wären damit erledigt.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Dr. Schickel, ob die Bezuschussung auch in diesem Fall nur für die Beförderung zur nächstgelegenen Schule gelte antwortet Herr Engert, dass dies sehr unterschiedlich sei. Im Grundschul- und Mittelschulbereich herrsche Sprengelbetrieb. Dies bedeute, wenn ein Schüler zwei oder drei Kilometer weiter weg seinen Wohnsitz habe, müsse er eine Sprengelschule besuchen, es sei denn, er habe eine Genehmigung als Gastschüler. Dann habe er Anspruch auf die Karte. Im

Gymnasialbereich habe man das Problem der nächstliegenden Schule. Die Schülerinnen und Schüler seien verpflichtet, die nächstliegende Schule zu besuchen. Wenn diese die nächstliegende Schule nicht besuchen, verlieren sie unter Umständen den Anspruch auf die gesetzliche Schülerbeförderung. Dann könne man die freiwillige Schülerbeförderung erwerben. Diese könne jeder erwerben, der eine Schule in Ingolstadt besucht.

In der nächsten Woche werde man genau in diesen Anmeldeprozess einsteigen, antwortet Stadtrat Dr. Schickel. Eine der häufigsten Fragen der Eltern werde genau dieses Thema der Schülerbeförderung betreffen. Wie sei es geregelt, wenn das Kind nicht an diesem Gymnasium aufgenommen wird, sondern auf ein anderes muss? Wie sei es mit der Zweigwahl? All das seien Informationen, die dringend an die Eltern weitergegeben werden müssen. Das betreffe nicht nur Gymnasien, sondern auch Realschulen.

Herr Engert erklärt, wenn durch das Handeln der Verwaltung ein Schüler eine andere Schule besuchen muss als die, für die er sich angemeldet hat, hat er Anspruch auf eine gesetzliche Schülerbeförderung. Wenn er sich z.B. für das Apian-Gymnasium entscheidet und er seinen Wohnsitz näher als drei Kilometer hat, hat er keinen Anspruch auf die gesetzliche Schülerbeförderung im Apian-Gymnasium. Setze man in zwangsweise ins Katharinen-Gymnasium, das mehr als drei Kilometer von seinem Wohnsitz entfernt ist, habe er Anspruch auf die freiwillige zusätzliche Schülerbeförderung.

Stadträtin Volkwein erkundigt sich, ob die Fächerwahl auch eine Rolle spiele. Beispielsweise die nächstvorgeschriebene Schule für ein Kind sei das Apian-Gymnasium. Das Kind möchte Latein lernen und würde deshalb aber eine andere Schule besuchen müssen, die drei Kilometer vom Wohnsitz entfernt ist.

Herr Engert antwortet, dass dies von der Regierung abhängen. Im vergangenen Jahr habe die Stadt Ingolstadt die gesetzliche Schülerbeförderung verschärfen müssen, da die Praxis, die man bisher gefahren habe, von der Regierung angemahnt worden sei. Man habe hier ganz klare Vorgaben der Regierung, wie die gesetzliche Schülerbeförderung umzusetzen und einzuhalten sei, stellt Herr Engert klar. Im Prinzip sei es so, dass die Zweigwahl einen Anspruch auf die gesetzliche Schülerbeförderung auslöse. Das bedeute, wenn ein Kind ein humanistisches Gymnasium besucht, das mehr als drei Kilometer vom Wohnsitz entfernt ist, hat es Anspruch auf die gesetzliche

Schülerbeförderung, selbst wenn es neben dem Apian-Gymnasium wohne, das keinen humanistischen Zweig anbiete. Es sei sehr kompliziert, pflichtet Herr Engert bei.

Stadtrat Reibenspieß bedankt sich für die sehr gute Übersicht und möchte wissen, ob die städtische Bezuschussung im nächsten oder im kommenden Schuljahr dann geringer ausfalle.

In der Gesamtsumme sei es für die Stadt Ingolstadt bei gleicher Kartenzahl ein etwas geringerer Betrag, antwortet Herr Engert.

Der Bericht wird von den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

5. Mosaikkunst

Beratend

Gemeinschaftsantrag von Stadtrat Niedermeier und Stadtrat Stachel vom 30.01.2023

Vorlage: V0127/23

Wir, die Stadträte Georg Niedermeier und Hans Stachel, stellen folgenden **Antrag**:

Der Stadtrat beschließt:

1. Zur Gestaltung von mehr hochwertiger Mosaikkunst werden geeignete Flächen im Stadtgebiet zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Flächen im Stadtgebiet sich für Mosaikkunst eignen.
3. Bei Bericht und Prüfung soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:
 - Können Wände in Tiefgaragen oder an öffentlichen Gebäuden genutzt werden?
 - Gibt es besonders exponierte Stellen im Stadtgebiet, die sich für Mosaikkunst anbieten? (z.B. Wände in Abgängen von Unterführungen, Donauuferpromenade)
4. Zur Finanzierung werden jährlich bzw. projektbezogen Mittel aus der Kunst- und Kulturförderung verwendet.
5. Es werden Möglichkeiten geschaffen - wie in anderen Städten - international bekannte Mosaikkünstler/-innen für ein gemeinsames Projekt zu gewinnen - z.B. Projekt/Event: Mosaiksommer Ingolstadt.

Begründung:

Viele Städte europaweit haben die Bedeutung und Aussagekraft von Mosaikkunst in ihrem Stadtgebiet erkannt. Dort finden immer wieder Projekte und Events mit international renommierten Mosaikkünstlerinnen statt.

Die Kunstprojekte im öffentlichen Raum stellen zudem eine qualitative Bereicherung für die Gestaltung und die Attraktivität des öffentlichen Raums dar und erfreuen viele Bürgerinnen und Bürger.

Ein internationales, überregionales Event in Ingolstadt würde den Status unserer Stadt als Kunst- und Kulturträger manifestieren. Die bekannte Mosaikkünstlerin Caroline Jung hat bereits an einigen solcher Events im Ausland teilgenommen und könnte hier vermutlich unterstützend aktiv werden.

Sie hatte auch die Arbeiten an den bestehenden Social Sofas bei uns begleitet. Kinder und Jugendliche haben in Gemeinschaftsarbeit erstaunliches geleistet. So gestaltet Mosaikkunst sinnstiftende Orte unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

In Ingolstadt zeigt die Zunahme der Social Sofas, dass Mosaikkunst in der Stadt geschätzt wird. Etliche Bezirksausschüsse stellten Mittel zur Finanzierung aus dem Bürgerhaushalt zur Verfügung.

Deutsche Organisation für Mosaikkunst e.V. <https://www.domo-ev.de/>

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0173/23.

Beratend

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0173/23

Antrag:

Der Antrag Mosaikkunst wird in der vorgeschlagenen Form nicht weiter verfolgt.

Der Gemeinschaftsantrag von Stadtrat Niedermeier und Stadtrat Stachel V0127/23 und der Antrag der Verwaltung V0173/23 werden gemeinsam behandelt.

Im Namen von Stadtrat Niedermeier und Stadtrat Stachel teilt Stadtrat Köhler mit, dass die beiden Antragsteller aufgrund der ablehnenden Haltung der Verwaltung, gerne Punkt 4 der Stellungnahme der Verwaltung als Kompromisslösung aufgreifen würden. Dabei wird Wert daraufgelegt, dass Punkt 4 nicht nur im Kurzvortrag, sondern auch im Beschlussvorschlag genannt wird. Bei zukünftigen Maßnahmen zum

Thema Kunst am Bau soll das Thema Mosaikkunst in die Ausschreibung mitaufgenommen werden. Stadtrat Köhler tritt mit der Bitte heran, dass zukünftig das Thema Kunst am Bau wieder deutlich stärker in den Fokus des Stadtrates und der Verwaltung gerückt werde.

Dies entspreche auch dem Sinn der Vorlage, antwortet Herr Engert. Die Formulierung auf der Titelseite bedeute lediglich, dass die vorgeschlagene Form der Antragsteller nicht weiterverfolgt werde. Punkt 4 werde insofern miteingeschlossen. Es spreche nichts dagegen, über Kunst am Bau das Thema Mosaikkunst miteinzubeziehen. Sollte es einen entsprechenden Vorschlag geben, werde man dies aufgreifen.

Herr Hoffmann erklärt, dass bei den „Kunst am Bau“ Wettbewerben nur ein Thema und meistens auch nur ein Ort vorgegeben wird und noch in keiner Weise, wie die Künstlerin oder der Künstler Thema und Ort umsetzen. Hier gebe es die Möglichkeit, dass Mosaikkunst zur Umsetzung kommt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erkundigt sich bei Stadtrat Köhler nach Einverständnis.

Stadtrat Köhler betont, dass es den Antragstellern wichtig sei, dass dies nicht untergehe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert dies zu.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

6 . Ergänzendes digitales Angebot der Stadtbücherei Filmfreund mit Änderung der Gebührensatzung der Stadtbücherei

Beratend

. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Einführung von Filmfreund vom 31.01.2023 Vorlage: V0119/23

Filme können mittlerweile auch über Stadtbibliotheken gestreamt werden. Aus diesem Grund stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden

Antrag:

Die Stadtbücherei Ingolstadt schließt eine Kooperation mit filmfreund, sodass Inhaberinnen und Inhaber eines Büchereiausweises das Streaming-Angebot von filmfreund kostenlos nutzen können.

Begründung:

Seit 2017 kooperieren viele öffentliche Büchereien mit filmfreund und ermöglichen ihren Leserinnen und Lesern den Zugang zu mittlerweile über 3500 Filmen. In der näheren Umgebung zu Ingolstadt bieten dieses Angebot u.a. die Stadtbücherei Rain, die Kreisbücherei Pfaffenhofen und die Stadtbücherei Kelheim an.

Die Stadtbücherei Ingolstadt könnte ihr großes Angebot damit nicht nur erweitern, sondern sogar neue Zielgruppen erschließen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0098/23.

Beratend

Stellungnahme der Verwaltung
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)
Vorlage: V0098/23

Antrag:

1. Der Einführung von „Filmfreund“ unter den im Kurzvortrag genannten Bedingungen wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Stadtbücherei der Stadt Ingolstadt (Gebührensatzung Stadtbücherei) entsprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage.

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0119/23 und der Antrag der Verwaltung V0098/23 werden gemeinsam behandelt.

Mit 13:0 Stimmen:
Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Kenntnisnahme

7 . **Stadttheater Ingolstadt Spielplan 2023/24**
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0313/23

Antrag:

Der Spielplan des Stadttheaters Ingolstadt für die Spielzeit 2023/24 wird zur Kenntnis genommen.

Herr Weber stellt anhand der beigefügten Anlage den Spielplan 2023/24, der unter dem Motto „Recht und Gerechtigkeit“ steht, vor und ergänzt, dass der Spielplan ein bewährter Mix aus Ur- und Erstaufführungen, Überschreibungen, Klassikern, Komödien und Musicals sei. Man habe versucht, einen bunten Strauß zusammenzustellen,

denn das Stadttheater Ingolstadt hat ein riesiges Einzugsgebiet zwischen Regensburg und Augsburg, zwischen Nürnberg und München. Insofern nehmen man auch auf diese Situation Rücksicht. Die schweren Corona-Zeiten habe man hinter sich, welche sehr herausfordernd und anstrengend gewesen seien. Umso schöner sei es, dass die Spielzeit 2022/23 eine künstlerische Explosion zu verzeichnen hat. Es laufe unfassbar gut, so Herr Weber. Besonders freue ihn, dass die unterschiedlichen Produktionen so unterschiedlich gut angenommen werden. Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass so eine Produktion funktioniere. Das tue sie aber. Die gute Nachricht sei, dass die Einnahmezahlen und damit auch die Zuschauerzahlen konstant seien. Dies unterscheide Ingolstadt von vielen anderen Theatern, betont er. Auch die eingeladenen Gastspiele mit ihren ausverkauften Vorstellungen werden hervorragend angenommen werden. Das Schiff sei wieder in sicheren Gewässern. Umso dringlicher sei die Generalsanierung, die leider immer noch ausstehe, weil noch keine Entscheidung zu dem neuen kleinen Haus getroffen werden konnte. Die Folgen spüre man tatsächlich täglich im Alltag. Weiter freue sich Herr Weber darüber, dass man in der ersten Produktion des Spielplans die Zusammenarbeit mit dem Georgischen Kammerorchester intensivieren hat können. Zum ersten Mal gebe es eine gemeinsame Oper. Dies soll kein Startschuss für eine Gründung einer neuen Sparte sein, sondern ein Zeichen einer guten Zusammenarbeit zwischen den großen kulturellen Playern dieser Stadt.

Dem Wunsch nach Vielfalt werde mit diesem Spielplan Rechnung getragen, findet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Dem Ingolstädter Publikum stehe eine tolle Spielzeit mit vielen Highlights bevor.

Anlässlich seiner letzten Spielzeit ab September 2023, bedankt sich Stadträtin Leininger im Namen der Ausschussmitglieder bei Herrn Knut Weber für seine herausragende Arbeit, welche die Ingolstädterinnen und Ingolstädter sicherlich auch zu schätzen wissen. Wie immer schaffe es der Spielplan sein Publikum zu begeistern. Dies sei tatsächlich keine Selbstverständlichkeit, pflichtet sie bei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt Stadträtin Leininger zu. Man freue sich auf die bevorstehende Spielzeit.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beratend

8 . Strategisches Immobilienmanagement
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert, Frau Dr. Deneke-Stoll)
Vorlage: V0303/23

Antrag:

- 1.) Der Gebäudebericht Schul- und Sportstätten wird zur Kenntnis genommen.
- 2.)
 - a) Dem Berichtszeitraum von sechs Jahren wird zugestimmt.
 - b) Die Verwaltung wird beauftragt nach drei Jahren einen Zwischenbericht zu erstellen, in dem der Umsetzungsstand der getroffenen Beschlüsse darzustellen und die Kennwerte fortzuschreiben sind.
 - c) Im Rahmen der Weiterentwicklung des Berichts wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob die Datenhaltung und Berichterstellung zukünftig über eine Softwarelösung erfolgen kann.
- 3.)
 - a) Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Priorisierung noch nicht begonnener Maßnahmen wird wie folgt zugestimmt
 - I.) Apian Gymnasium (Beschlusspunkt 4)
 - II.) Katharinen Gymnasium (inkl. der Zweifachturnhalle) (Beschlusspunkt 5)
 - III.) Lehrschwimmbecken der Grund- und Mittelschule an der Pestalozzistraße (Beschlusspunkt 6)
 - IV.) Lehrschwimmbecken der Grund- und Mittelschule an der Lessingstraße (Beschlusspunkt 6)
 - V.) Lehrschwimmbecken der Christoph-Kolumbus-Grundschule (Beschlusspunkt 6)
 - VI.) Bezirkssportanlage Mitte (Dreifachturnhalle) (Beschlusspunkt 7)
 - VII.) Christoph-Scheiner Gymnasium (Zweifachturnhalle) (Beschlusspunkt 7)
 - VIII.) Staatliche Berufsschule I am Zeughaus (Technische Sanierung) (Beschlusspunkt 8)
 - IX.) Freisportanlagen Bezirkssportanlage Südost (V0030/2023) (Beschlusspunkt 9)
 - X.) Staatliche Berufsschule II am Brückenkopf (Bauteil C, Turm Baur) (Beschlusspunkt 10)
 - XI.) Grund- und Mittelschule an der Lessingstraße (Bauteile der Mittelschule)
 - XII.) Grund- und Mittelschule an der Pestalozzistraße
 - XIII.) Grund- und Mittelschule Friedrichshofen
 - XIV.) Grund- und Mittelschule auf der Schanz
 - XV.) Staatliche Berufsschule II am Brückenkopf (Wirtschaftsschule)
 - XVI.) Grund- und Mittelschule Oberhaunstadt

- b) Der Bericht und dessen Priorisierung der Maßnahmen hat grundsätzlich bindende Wirkung. Bei fehlender Entscheidungsreife priorisierter Projekte, kann eine Anpassung der Priorisierung vorgenommen werden.
 - c) Grundsätzlich sind die vorgeschlagenen Maßnahmen in einem geförderten Verfahren (General- bzw. Teilgeneralsanierung) durchzuführen.
 - d) Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit Maßnahmen am Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ oder alternativer Förderprogramme zu bewerben, sofern ein Projektauftrag gestartet wird und die jeweilige Maßnahme Aussicht auf eine Förderung hat und die Ressourcen zur Bearbeitung vorhanden sind.
- 4.) Dem Stadtrat ist im Quartal I 2024 eine Entscheidungsvorlage zum Apian Gymnasium vorzulegen.
- 5.) Dem Stadtrat ist im Quartal I 2024 eine Entscheidungsvorlage zur Generalsanierung des Katharinen Gymnasiums vorzulegen
- 6.) Der notwendige Handlungsbedarf an den vorhandenen Lehrschwimmbecken wird anerkannt; dem Stadtrat ist im Jahr 2023 hierzu eine Entscheidungsvorlage vorzulegen.
- 7.) a) Der notwendige Handlungsbedarf an den Turnhallen der BSA Mitte, des Katharinen- und des Scheiner Gymnasiums wird anerkannt.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt für die erforderliche Sanierung dieser Sporthallen, gemeinsam mit den Nutzern ein Konzept zur stufenweisen Umsetzung zu erarbeiten und das Konzept zur Entscheidung dem Stadtrat im Jahr 2023 vorzulegen.
- 8.) Der technischen Sanierung der Berufsschule am Zeughaus (BS I) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit freiwerdenden Personalkapazitäten ein technisches Sanierungskonzept zu erarbeiten.
- 9.) Der bereits eingebrachte Vorschlag der Verwaltung zur Neustrukturierung der Bezirkssportanlage Südost (V0030/2023) wird zur Kenntnis genommen
- 10.) a) Der Sanierungsbedarf an der Leo-von-Klenze-Schule (BS II) wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die Erarbeitung eines Sanierungskonzepts wird bis zur Entscheidung über die künftige Nutzung des Areals zurückgestellt.

- 11.) Die Verwaltung wird beauftragt, darauf zu achten, bauteil- und lebenszyklusoptimiert zu planen. Dies hat unter Abwägung wirtschaftlicher und nachhaltiger Gesichtspunkte zu erfolgen.
- 12.) Die in der Priorisierungsreihenfolge oben stehenden und aktuell noch nicht für Maßnahmen vorgesehenen Gebäude sind im Rahmen des Bauunterhalts vordringlich zu behandeln.
- 13.) Die zu bewirtschaftenden Flächen sind hinsichtlich einer effizienten und multifunktionalen Nutzung zu prüfen.
- 14.) Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Gebäudeberichte (Kitas, Feuerwehr- und Verwaltung, sowie Kultur und Sonstiges) nach der bisherigen Systematik zu erstellen.

Herr Pröbstle stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das strategische Immobilienmanagement vor. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadtrat De Lapuente zeigt sich erfreut. Nach seinen Worten sei dies eine tolle Übersicht und ein gutes System, um die Gebäude schnell über ihren Zustand beurteilen zu können. Er finde es auch richtig, dass die Nutzer wie z. B. die Schulleiter, mit eingewertet worden seien. Bei den Bezirkssportanlagen sehe er dies aber als schwierig, da die Schulleiter meist nur eine geringe Zeit an den Bezirkssportanlagen verbringen. Hier seien die Vereine die Nutzer und insofern würde sich hier die Kategorisierung ändern. Weiter verweist Stadtrat De Lapuente auf die Nordostbezirkssportanlage. Seiner Bewertung nach wäre diese nicht auf drei gelandet. Insofern halte er es für schlecht, die Nutzeransicht von jemanden bewerten zu lassen, der nur geringe Zeit vor Ort ist.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll regt an, dies bei der Fortschreibung zu berücksichtigen und mit den Vereinen nochmal ins Gespräch zu kommen. Dies sei auch eine Konsequenz des Sportentwicklungsplanes.

Dieses strategische Immobilienmanagement, sowie auch der Sportentwicklungsplan seien nach den Worten von Stadtrat Wittmann eine gute Arbeitsgrundlage. Er verweist aber hier auf den Stadtratsbeschluss, dass die Stadtverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein wolle. Insofern dürfe dies hier nicht außer Acht gelassen werden, denn das werde in vorliegendem Bericht in keinsten Weise aufgegriffen. Auch fehle ihm die Unterschrift der zuständigen Bürgermeisterin auf dieser Vorlage. Weiter verweist er auf die Erweiterung und die Sanierung der Schule in Hainwöhr und die hier vorgesehene Pelletheizung. Diese sei alles andere als klimaneutral. Es müsse sich schon Gedanken darüber gemacht werden, ob dieser Stadtratsbeschluss noch zu halten sei. Dabei verweist er auf eine ähnliche Diskussion beim Klinikum. Wenn dieser Beschluss nicht zu halten sei, müsse die Stadt diesen revidieren. Klimaneutral heiße Dekarbonisierung und das bedeute auch kein Ausweichen auf Fernwärme. Denn auch diese sei derzeit noch nicht klimaneutral. Wenn man so weiter mache, möge das in Ordnung sein, aber dann würden die Klimaziele für das Jahr 2030 nicht erfüllt. Beim strategischen Immobilienmanagement spreche man nur von einem kleinen Teil der städtischen Gebäude. Die Stadt Ingolstadt habe jedoch viele Gebäude und diese müssten in den nächsten sieben Jahren klimaneutral werden. Stadtrat Wittmann fragt nach, ob das für möglich gehalten werde. Er habe letztes Jahr ange-

regt, dass sich der Stadtrat in einer Sondersitzung mit dem Thema Klimaschutz beschäftigte. Die Bürgermeisterin habe dies zugesagt, aber nicht eingehalten. Dieses Thema werde immer mit großen Zielen versehen, aber dann nur am Rande behandelt. Für Stadtrat Wittmann sei dies die allerwichtigste Aufgabe. Und wenn hier zu viel Manpower und Geld in die Hand genommen werde, um teilweise Gebäude zu sanieren, aber dabei die Klimaneutralität noch gar nicht zu berücksichtigen, dann begehe man einen Fehler. Stadtrat Wittmann mache sich persönlich große Sorgen. Klimaneutral werde man nicht durch Besprechungen, durch viel Papier oder durch zusätzliche Stellen, sondern hier müsse echt etwas passieren. Klimaneutral bei Gebäuden heiße, dass es ein Null-Energiehaus sei, oder die Energie aus einem Bereich komme, wo kein CO₂ ausgestoßen werde. Es müsse schon der Mut aufgebracht werden, darüber zu sprechen. Stadtrat Wittmann bittet darum, darüber nachzudenken und auch die Konsequenzen daraus zu ziehen. Letztendlich müsse sich der Stadtrat damit beschäftigen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dies sei zur Kenntnis zu nehmen und sich bei passender Gelegenheit intensiv damit auseinanderzusetzen. Nur in diesem Papier werde wahrscheinlich nicht so viel mehr möglich sein, als das, was jetzt schon geschehen sei.

Herr Pröbstle weist darauf hin, dass man sich schon mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Auch er sehe die Zielsetzung kritisch. Bei Betrachtung des Berichts werden sehr viele Immobilien aufgegriffen, die viel Energie verbrauchen. Aber bei Betrachtung der Gesamtschau, der städtischen Immobilien müsse man sich eine kritische Auseinandersetzung gefallen lassen.

Es sei mit Sicherheit richtig und auch gut, wenn man das Thema an dieser Stelle intoniert und auch entsprechend damit umgehe, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Ja, es müsse wahrscheinlich noch mehr getan werden, so Herr Hoffmann. Ein erster Schritt sei, bei allen neu angegangenen Projekten auf die Klimaneutralität zu achten. Es stehe außer Frage, dass deutlich mehr getan werden müsse, als bei den Sanierungsvorhaben bisher geplant seien. Dies sei aber mit Kosten verbunden. Zur Pelletheizung merkt er an, dass es hier keine andere Möglichkeit gegeben habe.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Herr Pröbstle erinnert an die Anträge der CSU und SPD zur Schulausbauplanung und Schulbausanierung, welche unter anderem ein Ausgangspunkt für die Arbeit der Lenkungsgruppe „Strategisches Immobilienmanagement“ gewesen seien. Diese habe das Ziel gehabt, die Prioritäten im Schulbau hervorzuheben und im Blick zu behalten. Bei der Bewertung der Schulen und Bezirkssportanlagen hätten sich 138 Datenblätter ergeben, eines pro Gebäude oder Gebäudeteil, mitunter mehrere pro Liegenschaft, da jedes einzelne Bauteil mit in die Bewertung eingeflossen sei. Neben der baufachlichen Bewertung habe man den Schulleitern ebenfalls die Möglichkeit zur Bewertung gegeben. Dadurch seien im strategischen Immobilienmanagement insgesamt 5.000 Bewertungen der Schulen und Bezirkssportanlagen vorgenommen

worden. Er betont, das Ziel sei es eine Versachlichung, Strukturierung, Vereinheitlichung, Priorisierung und Verbesserung der Nachvollziehbarkeit bezüglich des Zustandes der Gebäude und der Sanierungsnotwendigkeit gewesen. Damit könne man jetzt am Ende ein Bauprogramm als Beitrag zur Investitionsstrategie vorlegen. Das städtische Hochbauamt würde weiterhin einen guten Zustand der städtischen Immobilien halten wollen und den Bürgern Orte bereitstellen, bei denen es um mehr als nur gute Bildung gehe. Um einen Gesamtblick auf eine Schule werfen zu können, müsse parallel auf die Finanzen, das Baufach, die Nutzer und die Schul- und Sportentwicklung geachtet werden. Der vierte Punkt beinhalte den künftigen Bedarf, also die Prognosen zu Schülerzahlen an den Schulen.

Dr. Deneke-Stoll betont den großen Aufwand bei der Erarbeitung der nun vorliegenden Unterlagen. Sie ist zuversichtlich, dass sich der Aufwand lohnen würde, da mit den erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen strategisch an die Themen herangegangen werden könne.

Stadtrat Dr. Schickel erkundigt sich nach den Unterrichtsräumen für die Schüler während der einzelnen Sanierungen.

Herr Engert betont die Wichtigkeit eines neuen Gymnasiums aufgrund der steigenden Schülerzahlen. Denn die Prognose würde die geplanten Veränderungen im Gymnasialbereich nicht berücksichtigen. Es gäbe bereits Planungen für ein 6,5-züiges Apian Gymnasium und eine Erweiterung des Gaimersheimer Gymnasiums sowie Gespräche mit Pfaffenhofen bezüglich eines zusätzlichen Gymnasiums. Folglich würden sich die Zahlen anders entwickeln.

Dr. Deneke-Stoll hinterfragt die Bauabwicklung.

Dr. Schickel bezweifelt die Fertigstellung eines zusätzlichen Gymnasiums bis 2027/28.

Herr Pröbstle erklärt, dass das Bauteil Nord, ein Gegenstand der ergänzenden Projektgenehmigung, bereits hergerichtet und die Grundschule Hundszell/Haunwöhr in dieses eingezogen sei. Dort gäbe es etwa 5.000 m² Hauptnutzfäche. Mit der Fertigstellung der Grundschule Hundszell/Haunwöhr wäre dann das Bauteil Nord frei, das Bauteil Süd und Mitte würden noch fehlen. Es solle zur Sanierung jeweils ein Bauteil verlagert werden, um ein anderes zu sanieren. Herr Pröbstle habe Zuversicht in die Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit dieses Planes. Für das Katharinengymnasium

stelle er sich vor, jeweils eine Hälfte des Gebäudes zu sanieren. Dies benötige voraussichtlich eine Auslagerung, eine Containeranlage käme hier für ihn eher nicht in Frage.

Dr. Deneke-Stoll ergänzt die nötige Abstimmung mit dem Schulleiter.

Herr Engert erläutert, es bestünde Einvernehmen mit der Schulleitung des Apian Gymnasiums, dass eine bestimmte Schülerzahl nicht überschritten werden solle. Die Landkreise hätten zusätzliche Kapazitäten in den Gymnasien. Es wäre durchaus möglich, dass Schüler aus den Landkreisen künftig keine Ingolstädter Schulen mehr besuchen könnten. Die Schülergröße des Apians solle trotzdem nicht überschritten werden.

Herr Hoffmann meint, es würde eine Lösung für die Klassenräume gefunden werden. Der Apian-Nord Teil sei ein großes Glück für die Sanierung im Süden. Bezüglich des Katharinengymnasiums sähe er größere Hürden zu überwinden. Ebenso bei den Funktionsräumen der Schulen, da bei einer Sanierung die Haustechnik nicht oder nur teilweise zur Verfügung stünde. Der Prozess würde in jedem Fall schwer werden und man benötige viel Vorbereitung.

Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass ein Plan bezüglich der Umzüge der Klassen und der Vorbereitungen zur Sanierung nötig wäre. Der Schulleiter sei somit besser auf mögliche Fragen der Elternschaft vorbereitet.

Herr Hoffmann bestätigt eine zweijährige Planungszeit. In dieser würden Entscheidungen zum Ablauf während dem laufenden Betrieb, den Abständen und Auslagerungen getroffen werden. Er bestätigt außerdem die Einbindung der Schulleitung.

Stadtrat Reibenspieß wiederholt die Problematik der Unterbringung der Klassen. Er ergänzt, dass acht Zimmer des Apian Gymnasiums durch die Gebrüder-Asam-Mittelschule belegt seien und hoffe, dass die Schule Süd-Ost bis zur Sanierung fertiggebaut sei, um hier eine Problementstehung zu vermeiden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 9 . **Umbau und Teilsanierung des Bauteils Nord am Schulzentrum Süd-West / Apian Gymnasium zur Nutzung als Ausweichschulgebäude für künftige Schulbauprojekte**
- 1. ergänzende Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert)
Vorlage: V0312/23

Antrag:

- 15.) Für den Umbau und Teilsanierung des Bauteil Nord am Schulzentrum Süd-West / Apian Gymnasium zur Nutzung als Ausweich- und Auslagerungsschulgebäude wird eine 1. ergänzende Projektgenehmigung erteilt.
- 16.) Die bisher genehmigten Kosten von 5.790.000 € werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 860.000 € ergänzt und genehmigt.
Die Gesamtkosten betragen damit 6.650.000 €.
- 17.) Die benötigten zusätzlichen Mittel in Höhe von 860.000 € werden im Rahmen des Nachtragshaushalts 2023 auf der Haushaltsstelle 233000.940100.0 Apian-Gymnasium - Sanierung Bauteil Nord bereitgestellt.

Herr Hoffmann berichtet, dass die Baumaßnahme bereits seit gut einem Schuljahr in Betrieb sei. Bedauerlicherweise habe die Abrechnung gezeigt, dass 860.000 Euro an Mehrkosten zu verzeichnen sind, wobei sich diese aus zwei Blöcken zusammensetzen. Einer dieser beiden Blöcke sei nachweisbar aus den Ausschreibungsergebnissen entstanden. Hier habe man am Markt keine besseren Ergebnisse erzielen können. Die Kostenberechnung des Planungsteams, auf Basis der damals vorliegenden Erfahrungswerte, habe nicht ausgereicht. Herr Hoffmann benennt hierzu Beispiele, so hätten unter anderem die Fassadenarbeiten anstatt 253.000 Euro dann 445.000 Euro gekostet. Einen Teil dieser Mehrkosten, die sich auf insgesamt 765.000 Euro allein für teurer abgerechneten Gewerke belaufen hätten, habe man aus Einsparungen im Projekt ausgleichen können. Das zweite Paket beinhalte zusätzlich erforderlich gewordene Leistungen und setze sich aus vier Bereichen zusammen, fährt Herr Hoffmann fort. Man habe Estrich gefunden, der in manchen Bereichen ein höheres Rissbild aufwies. Dadurch seien nochmal 145.000 Euro Steigerung entstanden. Weiter habe man mehr Dämmstoffe gefunden, in denen künstliche Mineralfaser vorkamen, teilweise auch Asbest in festgebundener Form. Diese habe man ausbauen und fachgerecht entsorgen müssen. Im verbauten Zustand seien diese erst mal noch unkritisch gewesen, weist Herr Hoffmann darauf hin. Die Entsorgung von Schadstoffen sei im Moment sehr teuer, was der Stadt 190.000 Euro mehr gekostet habe. Außerdem

habe man Oberlichtkuppeln erneuern sowie Nachbesserungen bei der Akustik vornehmen müssen. Der zweite Block belaufe sich auf 440.000 Euro. Summiert mit den 765.000 Euro komme man auf insgesamt 1,2 Mio. Euro, verdeutlicht Herr Hoffmann. 345.000 Euro davon habe man aus Rücklagen bezahlen können. Den Rest würde man nun als ergänzende Projektgenehmigung beschließen müssen.

Stadtrat Reibenspieß sagt, er könne bestätigen, dass sowohl bei den Lehrkräften als auch bei den Schülern, dieser Neubau sehr gut ankomme. Was ihn erstaunt habe als er die Sitzungsvorlage gelesen habe, sei die Tatsache, dass Asbest im Gebäude in gebundener Form gefunden worden sei. Er könne sich nämlich daran erinnern, dass es früher eine Zeit lang hieß, dass kein Asbest in diesem Gebäude sei. Nun habe sich herausgestellt, dass größere Mengen vorhanden seien als ursprünglich angenommen. Stadtrat Reibenspieß möchte wissen, was größere Mengen in diesem Fall bedeuten, weil nicht nur von Asbest, sondern auch von künstlichen Mineralfasern die Rede sei.

Herr Schächtel antwortet, dass die Mehrkosten hauptsächlich von den künstlichen Mineralfasern stammten, die im Bereich über den Decken als Dämmplatten eingebaut gewesen seien. Dort sei mehr gefunden worden als zu erahnen war. Beim Asbest seien es hauptsächlich Abdichtungsschnüre bei der Haustechnik gewesen, bei denen nicht bekannt gewesen sei, dass sie in dem Bauteil noch drinsteckten. Dies sei in gebundener Form im Betrieb allerdings unbedenklich gewesen. Gefundenes müsse trotzdem entsorgt werden. Die genauen Zahlen und Mengen könne Herr Schächtel aus dem Stegreif nicht nennen.

Die genauen Zahlen könnten bei Bedarf nachgereicht werden, ergänzt Herr Hoffmann.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -